

In Stadt und Land den Unterschied machen!

Botschaften der Jusos Bayern zur Kommunalwahl 2026



Wohnen: In Stadt und Land...

...wird die Chance auf eigenen Wohnraum für junge Menschen (nach der Schule/Volljährigkeit, aber auch später bei der Familiengründung) massiv beschränkt durch die Knappheit von Wohnraum in den Ballungsräumen, fehlendes Angebot an kleinen Wohnungen in ländlichen Gebieten und zu hohe Mieten als Folge der gewinnorientierten Vermietung von Wohnraum.

Weil man auf Wohnen nicht verzichten kann, müssen junge Menschen oft einen Kompromiss eingehen zwischen Unabhängigkeit von den Eltern, bezahlbarem Wohnraum und kurzen Wegen zwischen Wohnen, Arbeit und Freizeit-/Kulturangeboten. Das ist ein Problem des freien Wohnungsmarkts und der Vernachlässigung von Infrastruktur außerhalb der Ballungsgebiete.

Wohnen: In Stadt und Land wollen wir...

...Wohnraum nicht dem freien Markt überlassen: Kommunen müssen für ausreichend günstigen und geeigneten Wohnraum sorgen - durch eine soziale Bodenpolitik, Zweckentfremdungsverbote, verbindliche Quoten geförderter Wohnungen und eigenen kommunalen Wohnungsbau. Kommunaler Wohnungsbau muss dabei verschiedene Wohnformen im Blick haben - das heißt passende Wohnungen für junge Singles oder Alleinerziehende genauso wie große Familien oder Senior*innen-WGs.

...Wohnen können, wo andere Urlaub machen: Wenn bezahlbare Wohnungen für die Bevölkerung vor Ort fehlen, müssen die Kommunen Zweitwohnungen verhindern, die einen Großteil des Jahres leer stehen oder ohne Genehmigung touristisch vermietet werden. Die Landespolitik muss dafür die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

...Mietspiegel und Mietenchecks durchsetzen: Damit die Mietpreisbremse auch tatsächlich greift, müssen Kommunen Informationen für Mieter*innen bereitstellen, Vermieter*innen auf überhöhte Mieten hinweisen und Meldesysteme für überhöhte Mieten anbieten, um gegen Mietwucher als Ordnungswidrigkeit vorgehen.

...Wohnraum und Mitbestimmung für Azubis schaffen: Wir wollen in ganz Bayern Azubiwerke aufbauen, die für Auszubildende günstigen und bedarfsgerechten Wohnraum zur Verfügung stellen, Mitbestimmung ermöglichen und soziale Beratung und Unterstützung anbieten. Diese Kombination aus kleinen, für Azubis geeigneten Wohnungen und sozialen Angeboten braucht es in den großen Städten genauso wie dezentral in ländlicheren Gebieten.

...Wohnraum vor Bürokratie: Wir setzen uns ein für einen Umgang mit Wohnungs- und Obdachlosigkeit nach dem Prinzip des "Housing First". An erster Stelle steht dabei die Unterbringung in einer geeigneten eigenen Wohnung, dann erst kommen komplizierte Anträge und Verwaltungsvorgänge. Jeder Mensch hat ein Recht auf Wohnraum.

Jugend: In Stadt und Land...

...findet Jugendbeteiligung eher auf dem Papier statt, als eine echte und breite Interessenvertretung junger Menschen und der Jugendarbeit zu sein.

...sind Jugendzentren, offene Treffs und Freizeitflächen für junge Menschen oft nicht dauerhaft gesichert und ziehen bei Nutzungskonflikten den Kürzeren. Dabei sind diese Orte zentral für die eigenständige Freizeitgestaltung und Entwicklung junger Menschen. Die Förderung von Jugendarbeit und Subkultur oft als Erstes weg, wenn die Kommunen zu wenig Geld haben - weil die Pflichten der Kommunen hier nicht klar genug definiert sind.

...hängt die Lebendigkeit von Innenstädten von der Profitabilität von Konsum- und Einkaufsmöglichkeiten ab. Nicht-kommerzielle Angebote und (konsumfreie) Räume für junge Menschen fehlen deshalb fast überall, ganz besonders jedoch in ländlichen, stark zersiedelten Gebieten.

...entscheidet das Einkommen der Eltern darüber, welchen Zugang Kinder und Jugendliche zu Sport-, Kultur- und Freizeitangeboten haben. Es wurde zu lange zu wenig in gute Kinderbetreuung und Bildung investiert. Das belastet Eltern, Kinder und pädagogische Fachkräfte und verstärkt soziale Ungleichheiten.

Jugend: In Stadt und Land wollen wir...

...junge Menschen mitbestimmen lassen: Kinder- und Jugendbeteiligung, zum Beispiel in SMVen, Jugendvertretungen oder Jungbürger*innenversammlungen, muss eine echte Aussicht auf Erfolg haben und durch finanzielle Mittel und Personal unterstützt werden. Die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche kommunale Mandate müssen auch zum Leben junger Menschen passen, egal ob sie in Schule und Ausbildung sind, studieren, arbeiten oder sich um ihre Familie kümmern.

...Jugendarbeit und Kultur fördern, auch wenn das Geld knapp ist: Die Finanzierung von Jugendarbeit und Subkultur muss auch bei knappen Kassen eine Priorität der Kommunen sein. Jugendarbeit und -kultur braucht geeignete Räume, dauerhafte finanzielle Förderung und hauptamtliche Ansprechpersonen genauso wie eigene Gestaltungsmöglichkeiten und Freiräume für Ehrenamtliche. Jugendsozialarbeit an Schulen, in Jugendzentren und Streetwork sind keine nice-to-haves, sondern Pflichtaufgabe. Um das notwendige Personal überhaupt zu finden und fair zu behandeln, müssen die Kommunen sich stetig um bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Kinderbetreuung und sozialen Arbeit kümmern.

...jungen Menschen ein Dach bieten, die keines haben: Viele junge Menschen leben auf der Straße, fernab des Hilfesystems. Sie zu unterstützen, ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen – doch allzu oft wird ihr nicht nachgekommen. Die vorhandenen Notschlafstellen reichen bei weitem nicht aus, auf dem Land noch weniger als in den Städten. Deshalb braucht es deutlich mehr Anlaufstellen für Jugendliche ohne Wohnsitz, mehr Notschlafplätze, mehr Beratungsangebote – und vor allem ein generelles Bewusstsein für die schwierige Lage, in der sich diese jungen Menschen befinden.

Jugend: In Stadt und Land wollen wir...

...Platz machen für Freizeit ohne Konsum: In den Innenstädten und auch auf dem Land muss es genügend Orte und Flächen für junge Menschen auch unabhängig von Vereinen oder kommerziellen Angeboten geben. Dazu gehören Freizeitanlagen, die auch abends genutzt werden können, genauso wie Sportflächen, Schwimmbäder, Bibliotheken, Stadtteilzentren, offene Jugendtreffs und nicht-kommerzielle Veranstaltungen.

...Freiräume verteidigen: setzen wir uns dafür ein, dass junge Menschen Platz in den Städten und Gemeinden haben. Maßnahmen, die gezielt Jugendliche davon abhalten sollen, sich auf öffentlichen Plätzen zu treffen und aufzuhalten (z.B. Alkoholverbote, Scheinwerfer, Störgeräuschsender, verstärkte Polizeikontrollen), lehnen wir ab. Bei Konflikten um Ruhestörung müssen die Kommunen eine vermittelnde Rolle einnehmen und die Bedarfe junger Menschen für Freizeitflächen und Treffpunkte ernst nehmen.

Verkehr: In Stadt und Land...

...ist es egal, ob der Bus auf dem Land überhaupt nicht fährt oder ob er in der Stadt zu teuer ist: die Freiheit ist begrenzt und die individuellen Kosten für Mobilität hoch, wenn ein gutes ÖPNV-Angebot nicht die oberste Prio ist.

...wird Klimaschutz/ökologische Nachhaltigkeit als Widerspruch zu Wirtschaft und Autoverkehr hochstilisiert, anstatt den Zugewinn an Lebensqualität durch mehr Grün, angenehmeres Mikroklima, autofreie Mobilität und nachhaltiges Wirtschaften zu betonen.

...wird es auch Orte geben, die langfristig auf ein Auto angewiesen sein werden. Das betrifft auch junge Menschen - hier muss die Zusammenarbeit und Abstimmung verschiedener Verkehrswege zwischen Städten und Landkreisen besser funktionieren.

Verkehr: In Stadt und Land...

...kann Von-A-nach-B-kommen kein Luxus sein: Der öffentliche Nahverkehr muss deshalb günstig, verlässlich und barrierefrei sein. Das Deutschlandticket muss wieder günstiger und langfristig kostenlos werden und Ermäßigungen für Schüler:innen, Auszubildende und Studierende bieten. Wege für den Fuß- und Radverkehr müssen sicher, schnell und ohne Unterbrechungen möglich sein.

...ländliche und städtische Gebiete näher aneinander bringen: Dafür wollen wir den Nahverkehr, mobility-on-demand (z.B. Rufbusse, Sammeltaxis, ...) und Radwege ausbauen und modernisieren. Gemeinden und Landkreise, die langfristig auf das Auto angewiesen sein werden, wollen wir mit Park-and-Ride Systemen an die Städte anbinden. Voraussetzung dafür ist eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsverbünden bzw. den Städten und Landkreisen.

...ein Takt, der zum Leben passt: Die Taktung und Verbindungen im öffentlichen Nahverkehr zum Leben der Menschen passen, die sie nutzen sollen. Wenn der Bus zum Bahnhof immer erst kurz nach Abfahrt des Zuges ankommt, bleibt das Auto ungewollt die attraktivste Variante. Junge Menschen im ländlichen Raum brauchen den Nahverkehr nicht nur für den Schulweg, sondern auch für ihre Freizeitgestaltung an Nachmittagen, Wochenenden und in den Ferien.

...kein ÖPNV ohne das Team: Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist enorm wichtig für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz. Um das notwendige Personal überhaupt zu finden und fair zu behandeln, müssen die Kommunen sich stetig um bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr kümmern.

Fantifa: In Stadt und Land...

...zeigen sich patriarchale, rassistische, ableistische und kapitalistische Strukturen auch in der Gestaltung kommunaler Politik. Die Bedürfnisse von Frauen und TINA*-Personen, von Rassismus betroffenen Personen und von Menschen mit Behinderung stehen deshalb oft nicht an erster Stelle und ihre Rechte auf gleiche Teilhabe und Lebenschancen werden nicht erfüllt.

...haben Sichtbarkeit, Zulauf und Gewaltbereitschaft von offen menschen- und demokratiefeindlichen Aktivitäten und Akteur*innen aus dem rechtsradikalen Spektrum in den letzten Jahren zugenommen. Sie greifen nicht nur demokratische Institutionen, Prozesse und Politiker*innen an, sondern bedrohen direkt oder indirekt auch die Rechte und Sicherheit von weiblich, queer und migrantisch gelesenen Menschen, Menschen mit Behinderung und antifaschistisch engagierten Personen.

...fehlt es an Aufmerksamkeit und Wissen über die rechtsradikale Szene und die von ihr ausgehende Gefahr für die Demokratie, aber auch die konkrete Sicherheit von Menschen. Gleichzeitig werden antifaschistische und antikapitalistische Aktivitäten und Bewegungen in der Öffentlichkeit und auch von bürgerlichen Parteien als die größte Gefahr dargestellt.

Fantifa: In Stadt und Land...

...nicht eine mehr: Für Frauen und TINA*-Personen muss überall in Bayern der Zugang zu Frauenhäusern, Gesundheitsversorgung inklusive Schwangerschaftsabbrüchen und Gewaltschutz zur Verfügung stehen - und zwar möglichst nah an ihrem Wohnort, anonym und ohne lange Wartezeiten.

...Vielfalt in der politischen Bildung und Demokratiearbeit supporten: Wir unterstützen und fördern Initiativen, Vereine, Bündnisse, Vernetzungs- und Bildungsangebote, die sich intersektional für Feminismus, queere Rechte, Antirassismus, Antifaschismus, Demokratie, Inklusion, sozialen Zusammenhalt und Klimagerechtigkeit einsetzen. Politische Bildungsarbeit muss als selbstverständliche Aufgabe städtischer Bildungseinrichtungen und Arbeitgeber*innen definiert und finanziell gestärkt werden.

...aufklären und Fakten checken: In lokalen und kommunalen Medien (Print, Rundfunk etc.) muss ausgeglichen und angemessen über rechtsradikale Gewalt und Kriminalität berichtet werden. Dazu gehören auch live oder zumindest nachträglich veröffentlichte Faktenchecks zu Podiumsdiskussionen oder Kundgebungen.

...bleibt Antifa Handarbeit: Die Kommunen müssen die ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel nutzen, um demokratiefeindliche rechtsradikale Aktivitäten vor Ort eigeninitiativ und konsequent zu überprüfen und nach Möglichkeit zu unterbinden.